

Katholische Nachrichtenagentur: Spätes Handeln beim Expertenkreis zur Bekämpfung des Antisemitismus

Presseecho

Berlin (KNA) Zehn Monate nach einer entsprechenden Aufforderung des Bundestages startet die Bundesregierung einen Expertenkreis aus Wissenschaft und Praxis zum Thema Antisemitismus. Das unabhängige Gremium soll einen regelmäßigen Bericht über den Antisemitismus in Deutschland vorlegen und Empfehlungen zu dessen Bekämpfung abgeben.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will die zehn Mitglieder des Zirkels an diesem Mittwoch in Berlin vorstellen.

Als betrüblich bewertete es der SPD- Bundestagsabgeordnete Gert Weisskirchen, dass es zehn Monate vom Beschluss des Bundestages bis zu dessen konkreter Umsetzung gebraucht habe. Früheres und entschlosseneres Handeln wäre möglich gewesen, sagte er der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Weisskirchen, der von 2005 bis 2008 der Persönliche Beauftragte des Vorsitzenden der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Bekämpfung des Antisemitismus, verwies auf den Beschluss des Bundestages vom 4. November 2008. Wie kaum sonst in dieser Legislaturperiode habe das Parlament überzeugend und weitestgehend einmütig agiert. Im Sommer hatten Nichtregierungsorganisationen eine nur schleppende Umsetzung des Beschlusses beklagt.

Kurz vor dem 70. Jahrestag der Reichspogromnacht 2008 hatte der Bundestag eine Resolution zum verstärkten Kampf gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens in Deutschland beschlossen. Darin forderte das Parlament die Bundesregierung zur Einsetzung eines Expertengremiums auf. Es solle die Programme zur Bekämpfung von Antisemitismus weiterentwickeln.

Dem Gremium gehören nach Angaben des Innenministeriums Experten an, die «profundes Fachwissen aus unterschiedlichen Theorie- und Praxisperspektiven» repräsentieren. Dazu zählen unter anderen der Direktor des Potsdamer Moses Mendelssohn Zentrums, Hans- Julius Schoeps, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung «Erinnerung, Verantwortung und Zukunft», Martin Salm, der Historiker Peter Longerich von der Universität London, die Leiterin des Hauses der Wannseekonferenz in Berlin, Elke Gryglewski, sowie der Politik- und Islamwissenschaftler Olaf Farschid vom Berliner Innensenat.

Das Gremium werde bei einzelnen Fragen auf die ergänzende Sachkenntnis weiterer anerkannter Experten zurückgreifen, erläuterte das Innenministerium.

KNA 081632 Sep 09

*Veröffentlicht am 08.09.2009*